

Merseburger Tageblatt

Unparteiische Zeitung für (Kreisblatt) Stadt u. Kreis Merseburg

Bezugspreis für Post und Stadt freiabnehm. Ortsbez. halbjährl. 1.10. Postbez. monatl. Nachforderung vorbehalten. Erscheint werktäglich nachmittags. Einzelnummern 15 Pfennig. Sonntags 25 Pfennig. Postfachamt: Zum Hauptpl. Nr. 16654. Geschäftszeiten: Montag bis Freitag 8 bis 12 Uhr, Samstag 8 bis 12 Uhr. Fernsprechkennzeichen 38. Für unerzielte Zustellungen wird keine Gewähr geleistet. Verlagsort Merseburg, Im Fohlensteig, Gem. (Kreis u. Bezirk h. Ansp. a. Merseb. a. Rüdigerstr. 10)



Anzeigenpreis für den achtspaltenigen Millimeterraum 7 Goldpfennig; im Reklameteil 25 Goldpf.; für Christenroten und Nachmittagsnummern 21 Goldpf. Nachtrag. — In Umrechnung in Papiermark ist der amtliche Goldmarkkurs der Zahlungstage maßgebend. — Familienanzeigen ermäßigt. — Rabat nach Tarif. — Platzverpflichtung ohne Verbindlichkeit. — Belegnummer wird befreit. — Schluss der Anzeigen-Nachnahme 10 Uhr vorm. — Fernsprecher 100

Nr. 196 **Donnerstag, den 21. August 1924** 164. Jahrgang

Vor der großen Aussprache im Reichstag.

Morgen Reichstagsitzung.

Berlin, 20. August. Nach den Beschlüssen des Reichstages wird der Reichstag am Freitag nachmittag 3 Uhr die Erklärung der Reichsregierung entgegennehmen. Dann sollen die Reichstagsmitglieder der Reichsregierung im Ausschuss des Reichstages beraten werden. Diese Beratungen werden voraussichtlich den Sonnabend und Sonntag in Anspruch nehmen. Am Montag können dann die erste und zweite Lesung der Reichsregierung vorgenommen werden und dann die große politische Debatte. Die Sitzungen des Reichstages werden nicht wie sonst veranlagt sein.

Der Auswärtige Ausschuss zusammengetreten.

Berlin, 20. Aug. Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages trat nach 10 Uhr vormittags zu seiner ersten Sitzung ab. Rüdigerstr. 10. Die deutsche Delegation von der Londoner Konferenz zusammen. Alle Vertreter der Reichsregierung waren zu Beginn der Sitzung anwesend: Reichsminister Marz, Außenminister Dr. Stresemann und Finanzminister Dr. Lohse. Der Auswärtige Ausschuss war durch Staatssekretär von Malchow und eine größere Anzahl von Referenten vertreten. Vom Ausschuss selbst nahmen nachfolgende Mitglieder an den verhandelten Verhandlungen teil: Von den Deutschnationalen Graf v. Helldorf, Prof. Goetsch, Dr. Reichart; von den Sozialdemokraten Wels, Müller-Krause, Dittmann, Dr. Breitfeld und Dr. Hilferding, vom Zentrum Lehmann, Dr. Spahn-Berlin und Dr. Hoff-Eiler; von der D. V. P. Freiler v. Rheinbaben, Reichsminister Dr. Curtius; von der Nationalsozialistischen Partei v. Graf zu Helldorf; von den Demokraten Graf v. Bernstorff, Dr. Waas-Baden; von der Böhmerischen Volkspartei Graf v. Verchenfeld; von der Wirtschaftspartei Dr. Bredt und von den Kommunisten Stoeder und Franke.

Nachdem der Vorsitzende des Ausschusses, Abg. Müller-Krause (Zol.), zunächst den aus London zurückgekehrten Regierungsmitgliedern den Dank des Ausschusses dafür ausgesprochen hatte, daß sie trotz der nach dem Londoner Abschluß auf ihnen ruhenden Arbeitsbelastung es als ihre Pflicht betrachteten, ungeachtet dem Parlament Rede und Antwort zu stehen, erläuterte Reichsminister Marz sowie Reichsminister Dr. Stresemann ausführlichen Bericht über das Londoner Vorkommnis. Neben der bis ins Einzelne gehenden Erläuterung aller politischen Fragen, die in London behandelt wurden, kam bei der Berichtserstattung erneut zum Ausdruck, daß die Verhandlungsführung in London zum erstenmal seit dem verlorenen Krieg den deutschen

Delegierten volle Gleichberechtigung gab. Auch seien in London alle Delegierten ohne Ausnahme von dem freundschaftlichen und Wesentlichen abgetragen worden, einander in den Grenzen des Möglichen auf das weiteste entgegenzukommen. (!!!)

Im weiteren Verlauf der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses richteten mehrere Abgeordnete, darunter auch Prof. Goetsch (Zn.) Anfragen an die Regierung, die vom Außenminister sowie vom Reichsfinanzminister Dr. Lohse und Staatssekretär in Bezug auf den Reichsfinanzminister beantwortet wurden. Ein Beschl. wurde vom Aussch. nicht gefaßt. Die Sitzung wurde auf Donnerstag früh 10 Uhr vertagt.

Für die Deutschnationalen unannehmbar.

Ans verschiedenen Anzeichen glauben die Mitglieder der Delegation zu schließen, daß die Deutschnationalen bei der Ablehnung der Londoner Beschlüsse bleiben. Sollte es tatsächlich zu einer Ablehnung des Damesberichtes durch die Deutschnationalen kommen und damit die erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht erreicht werden, so wird als erste Folge die Auflösung des Reichstages, die bereits von der deutschen Delegation in London angekündigt worden ist, durchgeführt werden. Die entscheidende Sitzung der deutschnationalen Partei findet heute statt.

In seinem Mittwochsartikel unterzeichnet Professor Goetsch das Ergebnis von London einer eingehenden Würdigung, in der er zum Schluß der Meinung Ausdruck verleiht, daß die entscheidende Frage die sei, ob das Londoner Protokoll in Berlin und in Paris ratifiziert wird. Leber die Ausschüsse in Deutschland unter Professor Goetsch, die Sozialdemokraten, Demokraten, Zentrum sind dafür. Die Deutsche Volkspartei dafür — oder nicht? In seinem Falle ist die Zweidrittelmehrheit da, wo sie nötig ist. — und das entscheidet über das Ganze — gelöst, ohne den Zutritt der Deutschnationalen. Unsere Kritik, unsere Einwände und schwerwiegenden Bedenken gehen aus dem oben Belegten zum Vorschein hervor. Wir sind ein Verehrer dieses Ergebnisses mit unseren Mindestbedingungen ist nicht mehr übrig. Wir sehen heute nicht, daß das Ergebnis der Londoner Verhandlungen, so wie es heute vorliegt, für unsere Reaktion annehmbar ist!

Und die Deutschvölkischen lehnen ab.

Berlin, 20. August. Zu der Besprechung mit dem Reichsminister und Finanzminister Dr. Lohse waren von vollst. Seite die Abgeordneten Graf v. Helldorf und v. Helldorf erschienen. Nach den Ausführungen des Reichsfinanzministers gaben die Abgeordneten für ihre Partei die Erklärung ab, daß sie nach wie vor das Sachverständigengutachten ablehnen und nicht auf dem Boden der Londoner Verhandlungen treten könnten.

Deutsche Handelspolitik.

Nach den Besprechungen der Regierungspresse gehört es mit zu den Vorteilen der Londoner Konferenz, daß Frankreich nicht auf den Abschluß eines deutsch-französischen Handelsvertrages bestanden hat. Dies Problem ist infolgedessen bedeutend, als am 10. Januar 1925 Deutschland seine handelspolitische Freiheit zurückgewinnt. Sie drückt sich Frankreich gegenüber vor allem darin aus, daß die zollfreie Einfuhr eislaß-lothringischer Erzeugnisse aufhört. Diese zollfreie Einfuhr ist im Verfaller Vertrag erzwungen worden. Jedoch ist sie gleich von Beginn an von Frankreich mißbraucht worden, das nicht nur eislaß-lothringische, sondern auch französische Erzeugnisse in großen Massen auf den Markt warf. Es ist ohne weiteres verständlich, daß wir dies verächtliche Vorgehen im Westen für allemal stoppen müssen. Inwiefern ist damit die Hemmnisse und Schwierigkeiten der künftigen deutschen Handelspolitik nicht ansehnlich erhöht. Tatsächlich sind wir nicht frei, sondern an Händen und Füßen gebunden. So ist zunächst einmal darauf verwiesen, daß England vom 15. August an wieder die 20prozentige Ausfuhrabgabe erheben will. Bis zum 10. Januar 1925 stehen wir dem völlig wehrlos gegenüber. Denn wir haben kein Recht, Gleiches mit Gleichem zu vergelten. Die Wiedereröffnung der 20prozentigen Ausfuhrabgabe ist nach Lage der Sache die Erklärung des schärfsten Zollkrieges gegen Deutschland. An sich sind Gegenstände, so ziemlich für alle Ausfuhrwaren in Deutschland höher als im Ausland. Das hat sich durchweg bei internationalen Wettbewerben gezeigt, wo die deutschen Offerten im Preise vielfach höher lagen als für englische oder gar französische Erzeugnisse. Wie soll ein Wiedergewinn für deutsche Waren in England möglich sein, wenn sie vorweg mit einem Schuß von 26 v. H. belastet werden. Zweifellos handelt es sich bei England um eine Kampfmahnahme, die von Deutschland aber erst im Januar nächsten Jahres erwidert werden kann. Geht es dann in der gleichen Form, so muß damit selbstständig die Einfuhr englischer Waren nach Deutschland aufhören. Während in England sich rühmt, verlustfrei Frankreich eine Preisse in die deutschen Zollmauern zu legen! Und das alles unter der Herrschaft des Damesplanes, dessen Aufgabe es angeblich sein soll, die Märkte Europas wieder zu ordnen. Wer die Ergebnisse des deutschen Außenhandels für das erste Halbjahr 1924 nachprüft, der sieht sofort, daß die Einfuhr in allen Teilen nicht entfernt die von 1913 erreicht hat. Das aber ist infolgedessen eine Lebensfrage für Deutschland, als wir nur durch gesteigerte Ausfuhr an die notwendige Mehrerfuhr für Rohstoffe und Nahrungsmittel denken können. Gerade das macht die handelspolitische Lage Deutschlands so ungünstig, daß es sich nicht frei nach seinen Bedürfnissen entscheiden kann, sondern auf die Ausführung des Dames-Planes Rücksicht nehmen muß. Es wird zwar von ihm vorausgesetzt, daß für Sachleistungen von solche Waren in Frage kommen sollen, die Deutschland aus Inlandsrohstoffen herstellen kann. Aber alle diese Waren muß Deutschland doch bezahlen, und das geht nur, wenn es auf der anderen Seite die Erzeugung und die Ausfuhr so zu steigern vermag, daß sie die Kosten für die Sachlieferungen deckt. Ohne Einfuhr ausländischer Rohstoffe und Nahrungsmittel geht das nicht, da wir nur mit Waren bezahlen können, deren Herstellung schon durch die Kosten für die Sachlieferungen bedeckt ist. Für Deutschland ist es deshalb ganz unzulässig, Frankreich aus nur die geringsten handelspolitischen Vorteile zu gewähren, die über die beschränkten Zwangslieferungen für die Kohlen und den Koks hinausgehen. Gerade der Kupferstreit bildet für uns die handelspolitische Waffe, um uns den Bezug der lothringischen Erze zu sichern.

Das Vorgehen im Westen aber muß endlich gestoppt werden. Will Frankreich handelspolitische Verhandlung, so muß es vor allem darauf verzichten, in Deutschland ohne Gegenleistung den Markt für seine überflüssigen Erzeugnisse zu öffnen.

Das deutsche Mantelgesetz zum Londoner Schlußprotokoll.

Berlin, 21. August. Dem Reichstag ist der Entwurf eines Gesetzes über die Londoner Konferenz zugegangen. Dessen Inhalt umfaßt die Zustimmung zum Londoner Schlußprotokoll vom 16. August 1924, die Ermächtigung des Reichsfinanzministers zur Beschaffung eines 800 Millionen Goldmark-Schuldenscheines und die Ermächtigung der Reichsregierung zu Maßnahmen zwecks Uebertragung der Zertifikate betreffend 11 Milliarden Goldmark Schuldverschreibungen der Reichsbahn-Gesellschaft und 5 Milliarden Goldmark Schuldverschreibungen gemäß dem Gesetz über die Industrieverwaltung. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage nach der Verkündung in Kraft.

Diesem Mantelgesetzentwurf ist das Schlußprotokoll mit seinen verschiedenen Anlagen in deutscher, französischer und englischer Sprache beigelegt.

Zweidrittelmehrheit nur für das Eisenbahngesetz?

Berlin, 21. August. Der „Vor. Vorkommnis“ berichtet heute früh: Nach allem, was man in unterrichteten Kreisen bisher über die Abstimmungsverhältnisse hört, wird die Zweidrittelmehrheit nur für das Eisenbahngesetz für notwendig erachtet, während man glaubt, für alle anderen Gesetzentwürfe mit einfacher Stimmeneinheit auskommen zu können.

Reichsbahn- und Reichsbankgesetz.

Verfassungsändernder Charakter. Das Bankgesetz.

Berlin, 21. August. Der Entwurf des Bankgesetzes bestimmt u. a.: Die Reichsbank bleibt als Zentralnoteninstitut des Reiches erhalten und hat für fünfzig Jahre das ausschließliche Recht der Notenausgabe in Deutschland. Ihre Noten sind das einzige gesetzlich zugelassene Zahlungsmittel in Deutschland. Eine Reichsbanknotenzettel ist 1 Billion Mark der alten Reichsbanknoten. Das Kapital der Reichsbank beträgt 300 evtl. 40 Millionen Reichsmark. Zur Geschäft dem Damesplan eingeleichte Kommission hat ein Aufschlagsrecht aus. Künftighin müssen anlaufende Wechsel regelmäßig drei Unterstufen tragen. Zwei Unterstufen genügen im Falle der Gewährleistung der Lebensfähigkeit. Die Ausgabe solcher Wechsel ist beschränkt. Zu dem Reichsbank dürfen bis zu 100 Millionen Post- und Eisenbahn zusammen 200 Millionen Reichsmark für Betriebskredite gegeben werden. Für die Noten ist eine Deckung in Gold und Devisen von 40 Prozent vorgehoben. Dreiviertel hiervon müssen in Gold bestehen. Bei Ueberführung der Deckung erfolgt Vorkaufung der Bank und Erhöhung des Diskontsatzes.

Das Eisenbahngesetz.

Berlin, 21. August. Das Eisenbahngesetz hat in seiner Dienstleistung der Entwurf eines Privatnotengesetzes angenommen. Der Inhalt des Entwurfs ist dem Reichstag zugegangen ist. Wie die „Telegraphen-Union“ hört, verfolgt dieser Entwurf den Zweck, an Stelle der einschlägigen Vorschriften des alten Bankgesetzes vom 14. März 1875 eine neue Regelung des Privatnotendienstes zu legen und zwar unter entsprechender Rücksicht auf das neue Reichsbankgesetz, dessen Entwurf nur noch verhandelt haben. In diesem neuen Bankgesetz wird die Höchstgrenze, bis zu welcher die Privatnotenbanken Banknoten ausgeben befugt sind, auf 190 Millionen Reichsmark festgelegt. Die Regelung im einzelnen erfolgt durch das neue Privatnotengesetz. Als Privatnotenbanken im Sinne des Gesetzes gelten: Die Bayerische Notenbank, die Württembergische Notenbank in Stuttgart und die Badische Bank in Karlsruhe. Die von den Privatnotenbanken auszugehenden Noten lauten auf die neue Reichsmark. Die Höchstgrenze des Wertes der Notenausgabe beträgt für die Bayerische Notenbank und die Badische Bank je 70 Millionen Reichsmark, für die Württembergische Notenbank und die Badische Bank je 25 Millionen Reichsmark.

Das Eisenbahngesetz.

Das Eisenbahngesetz hat in seiner Dienstleistung der Entwurf eines Privatnotengesetzes angenommen. Der Inhalt des Entwurfs ist dem Reichstag zugegangen ist. Wie die „Telegraphen-Union“ hört, verfolgt dieser Entwurf den Zweck, an Stelle der einschlägigen Vorschriften des alten Bankgesetzes vom 14. März 1875 eine neue Regelung des Privatnotendienstes zu legen und zwar unter entsprechender Rücksicht auf das neue Reichsbankgesetz, dessen Entwurf nur noch verhandelt haben. In diesem neuen Bankgesetz wird die Höchstgrenze, bis zu welcher die Privatnotenbanken Banknoten ausgeben befugt sind, auf 190 Millionen Reichsmark festgelegt. Die Regelung im einzelnen erfolgt durch das neue Privatnotengesetz. Als Privatnotenbanken im Sinne des Gesetzes gelten: Die Bayerische Notenbank, die Württembergische Notenbank in Stuttgart und die Badische Bank in Karlsruhe. Die von den Privatnotenbanken auszugehenden Noten lauten auf die neue Reichsmark. Die Höchstgrenze des Wertes der Notenausgabe beträgt für die Bayerische Notenbank und die Badische Bank je 70 Millionen Reichsmark, für die Württembergische Notenbank und die Badische Bank je 25 Millionen Reichsmark.

Dem Reichstag ist heute das Deutsche Reichsbahn-Gesetz, dem der Reichstag bereits seine Zustimmung gegeben, zugegangen. Es ist bezeichnend, daß in dem Entwurf ausdrücklich festgelegt wird, daß das Gesetz verfassungsändernden Charakter hat. Danach bedarf es im Reichstage also einer Zweidrittelmehrheit.

Nach diesem Gesetz wird die zu gründende Eisenbahngesellschaft mit der Firma „Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft“ nach kaufmännischen Grundregeln geführt werden und über ein Grundkapital von 15 Milliarden Goldmark verfügen, das in 2 Milliarden Vorzugs- und 13 Milliarden Stammaktien eingeteilt ist. Die Gesellschaft gibt alsbald nach ihrer Gründung hypothekarisch gesicherte Schuldverschreibungen im Nennwert von 11 Milliarden Goldmark aus. Inhaber dieser Schuldverschreibungen werden durch einen Treuhänder vertreten, der von der Reparationskommission ernannt wird. Die Gesellschaft ist ferner von jedem direkten Steuer befreit. Die Paragraphen 19—25 beschäftigen sich mit dem Verhältnis zwischen Beamten und deutscher Reichsbahn-Gesellschaft. Die Gesellschaft übernimmt die im Dienste des Unternehmens stehenden Angestellten und Arbeiter mit den beiderseitigen Rechten und Verpflichtungen. Doch wird der Reichsbahnbeamte verpflichtet, das öffentliche Interesse und das Interesse der Gesellschaft zu wahren. Ein Reichsbahnbeamter, der die ihm obliegenden Pflichten der Reichsbahn unter Anwendung des Dienstvertrages der Reichsbahn nicht erfüllt, gilt der Generaldirektor, der seine Befugnisse auf andere Stellen der Gesellschaft übertragen kann. Der Generaldirektor ist der höchste Vorgesetzte aller Reichsbahn-Behörden.

Die Gesellschaft kann Reichsbahnbeamte auf Dienstposten von geringerer Bewertung verwenden, wenn das dienstliche Bedürfnis es erfordert. Der Reichsbahnbeamte kann unter Bewilligung von Wartegeld einmischen in den Ruhestand versetzt werden.

Bei künftigen notwendigen Einstellungen von Reichsbahnbeamten und Angestellten hat die Gesellschaft für 15 v. H. der freien Stelle Vergütung an Wärter des Reichsbahn, der Wartung und der Polizei den Vorrang einzuräumen.

leitet
ort
ndene
immig-
gend-
Man
spiel-
dritte
fried-
ter
f. e.
Dem
schaft
nach
Hand-
neuer
beim-
e. 3.
31-
In
dann
an
ihre
tischen
erster
fels-
tions-
mit
in
Stufe
eine
nami-
ber-
Gren-
der
er
Poli-
gegen
dar-
ering,
wie
schaft
haben
schnei-
noch
Ziele-
el
3.
e bei.
eburg)
102
140-
2
0,975
74
4
424
154
381
81
7
43-
18-
457
174
28
974
18
4.
6-
974
0,975
1574
0,25
2,2
0,000
2,75
0,008
10,9
1,85
5,50
1,30
3,30
0,80
9,50
0,80
Zem-
nächst.
Recht-
Recht-
5, ab-
5 inl.
Sinter-
150
Frankf.
Reichs-
Bank-
in (ca.

Exakte Depeschen

Unterzeichnung des Londoner Protokolls durch die Volschaffler.

Paris, 21. August. Neuer glaubt zu wissen, daß die Unterhändler der verbündeten Delegationen vor der definitiven Unterzeichnung der Londoner Abmachungen nicht nach London zurückkehren werden. Wahrscheinlich wird die Unterzeichnung von den Londoner Volschafflern der verschiedenen Mächte vorgenommen werden.

Amerikanische Beteiligung an der Anleihe.

Newport, 21. August. Das Haus Morgan erklärt, daß sich seine Stellung gegenüber der deutschen Anleihe nicht geändert habe und es an der Zeichnung sich beteiligen würde. Es haben sich mehr als 100 amerikanische Geschäftsteile nach Deutschland eingeschifft, um dort Möglichkeiten der Kapitalanlage zu prüfen.

Um die Aufhebung der Zolllinie.

Genève, 21. August. Gerüchte wollen wissen, daß in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag die Zolllinie zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet aufgehoben werde. Eine Essener Expeditionsfirma hat sich bei der Picum darüber erkundigt und den Befehl erhalten, daß frühestens am 20. September die Zolllinie verjähren wird.

Die französisch-belgische Mißstimmung gegen England.

Paris, 21. August. Die Spannung zwischen Paris und London dauert an. Das „Journal des Débats“ kündigt an, daß die französisch-englischen Beziehungen in den kommenden Monaten ein kritisches Stadium erleben werden.

Neue Forderungen der Belagungsbehörde.

Koblenz, 21. August. Die französische Belagungsbehörde hat von der Stadt Koblenz die sofortige Herstellung eines Krankenhauses mit 250 Betten verlangt. Das bereits beschlossene Garnisonlazarett für ihre Zwecke nicht ausreicht.

Eine amerikanische Anleihe für Serbien-Rußland.

Moskau, 21. August. Hier traf ein amerikanischer Rapthamagnat ein, um mit der Serbierregierung über eine Anleihe für Rußland zu unterhandeln. Die Serbierregierung erbietet einen Kredit bis zur Höhe von einer Million Dollar zum Ankauf von Lebensmitteln für die Bevölkerung, die von einer Missernte betroffen wurde. Die Sicherheit für die Anleihe sollen die Rapthgebiete in Baku hergeben.

Volle Autonomie für Kroatien.

Rom, 21. August. Nach Mitteilung der römischen Presse hat die jugoslawische Regierung nunmehr endgültig beschlossen, Kroatien volle Autonomie zu geben und den Prinzen Paul Karageorgewitsch zum Bischof zu ernennen.

Die amtlichen Produktpreise vom 21. August.

Berlin, 21. August. (Drabloslos.) Amtlich wurden heute notiert (Getreide- und Desfaaten) pro 1000 kg, feinst per 100 kg in Goldmark:

Weizen märk. 204—210, Roggen märk. 148—155, Sommergerste märk. 205—216, Futtergerste 182—187, Hafer märk. 161—170, Weizenmehl 28—30,50, Roggenmehl 29—24,50, Weizenklein 11,50, Roggenklein 11,10 bis 11,20, Raps 310—320, Leinöl fast, 40, Viktoriaröben 27—31, kleine Speiseerbsen 18—20, Futtererbsen 14—16, Pflanzkörner 13—15, Ackerbohnen 15—17, Wicken 14,50 bis 16,50, Lupinen kleine 9—10, Lupinen große 16—18, Rapskuchen 12,60, Leinuchsen 22, Trockenkornöl 10,80 bis 11, Zopfmehl 3, Kartoffelflocken 28—28,50.

Devisen-Kurse.

Berlin, 21. August. (Drabloslos.) Amtlich wurden notiert:

Newport (1 Dollar). 4,19—4,21.
Amsterdam (100 fl.). 162,44—165,26.
Paris (100 fr.). 22,50—22,71.
London (1 £). 18,50—18,89.
Sankt Petersburg (100 rub.). 87,5—79,15.
Sofia (100 kr.). 111,22—111,78.
Kopenhagen (100 kr.). 67,78—68,07.
Rom (100 lire). 18,40—18,50.
Prag (100 kr.). 12,57—12,63.
Wien (10000 kr.). 5,915—5,985.
Alles in Billionen Mark.

Wohum, 20. August. (Eine Nord-Süd-Bahn im Ruhrgebiet ist in zwei Abschnitten der getragenen Vollendung des Verkehrsverbands für den Handelsammerbezirk Bochum berichtete der erste Syndikus der Handelsammer Dr. Hugo, m. d. R., über den Verkehr im Arbeitsgebiet des Verkehrsverbands. Vorwiegend sei vor allem folgendes für die großen Städte im Ruhrgebiet die bisher noch fehlende Nord-Süd-Verbindung innerhalb des Verkehrs im Gesamtverkehr des heutigen Westfälischen Ruhrgebietes zu schaffen und die Herstellung einer direkten Verbindung zwischen Bochum und Gelsenkirchen-Banne in Zukunft anzustreben.

Schwere Unwetter im Herratal.

Mühlhausen, 20. August. Seit Anfang der Woche überfielen in ununterbrochener Folge schwere Unwetter das Herratal. Von dem Heffischen Garten kommend, überogen sie die Berge in starker Richtung und gingen nach der Gaimleite. Die Gegend um den 512 Meter hohen Warteberg bei Denter wurde von einem schweren Gewitter heimgesucht. Die Gesteine prasselten auf die Getreidefelder nieder. Der Warteberg war stundenlang mit einer dicken Eischicht bedeckt. Am Dienstag nachmittag kam wolkenbruchartiger Regen hernieder. Der Schaden, den das Unwetter anrichtete, läßt sich noch nicht übersehen. Bei Warteberg wurde der Wirtshausbesitzer Johannes Juch auf dem Felde in einem Kornhaufen Schutz gesucht hatte, vom Wetter ergriffen.

Wetter wird aus Hildburghausen gemeldet: Die Gewitterstürme in den letzten Tagen haben im Herratal

Punktdienst der Leunion.

Die Londoner Beschlüsse vor dem Parlament.

Berlin, 21. August. (Drabloslos.) Die morgige Reichstags-Sitzung beginnt, wie die „Vossische Zeitung“ wissen will, mit einer Rede des Reichstagspräsidenten, der sich ein Vortrag des Finanzministers Dr. Luther über die wirtschaftlichen Fragen der Londoner Konferenz anschließt. Die Sitzung dürfte etwa zwei Stunden dauern, dann wird der Reichstag bis Montag vertagt.

Französische Lokomotivbestellungen in Deutschland.

Berlin, 21. August. (Drabloslos.) Nach einer B. Z.-Meldung aus Paris ist die Ansicht aus dem Reichsamt der Eisenbahnen, bedeutende Mengen von Eisenbahnmateriale in Deutschland zu bestellen. Es soll sich in erster Linie um Lokomotiven, Personen- und Güterwagen handeln.

Deutschlands Gesamtproduktion noch nicht festgestellt.

Rom, 21. August. (Drabloslos.) Der italienische Wirtschaftsminister Dr. Visconti hat erklärt, daß die kommende Schuldenkonferenz zunächst der Gesamtwirtschaft der von Deutschland zu zahlenden Reparationsleistungen festsetzen müsse.

Die Währungsfrage gegen London.

München, 21. August. (Drabloslos.) Die deutsch-nationale „Münchener Anzeiger“ Abendausgabe“ stellt zu der Londoner Konferenz eine Reihe von Fragen und Forderungen auf und gibt der Erwartung Ausdruck, daß die bayerische Regierung zusammen mit der württembergischen und mecklenburgischen sich dem Londoner Diktat widersetzen. Von den Deutschnationalen erwartet das Blatt, daß sie in geschlossener Opposition gegen diese Deutschland erneut verfallenden Beschlüsse vorgehen.

„Times“ hoffen auf Herriots natürlichen Instinkt.

London, 21. August. Die „Times“ schreiben u. a. in der Frage der Ruhrbesetzung: Es muß sich behaupten lassen, daß Frankreich und Belgien nach dem Recht befugte haben, im Ruhrgebiet noch ein weiteres Jahr zu bleiben; aber die Hoffnung eine Abklärung dieser Frage gründet sich auf den natürlichen Instinkt Herriots und Theunis' und die Erhaltung ihrer parlamentarischen Position. Beide sind für die Abklärung der Truppen von der Ruhr, und es kann nur Schaden entstehen durch den Versuch ausländischer Staatsmänner, in dieser Hinsicht einen Druck auszuüben.

auf den selben großen Schaden angerichtet. Die Erde ist durch den fortwährenden Regen arg gefährdet. Durch Sturmbruch entstand in den Forsten großer Holzschaden. An den Bänken wurden ganze Bäume umgeworfen. In vier Fällen der Sturm eine 200 Jahre alte Eiche. Vier Holzfäller kamen in den Forsten bei Neurath in ein schweres Gewitter. Sie wurden durch einen Baum, wurden aber vom Blitzschlag getroffen. Drei von ihnen liegen mit schweren Brandwunden da. Der vierte konnte sich wie durch ein Wunder retten.

London-Berlin 4 1/2 Stunden.

Berlin, 19. August. Das hier eingeflogene Passagierflugzeug London-Berlin hat, wie die „National-Ztg.“ meldet, einen beachtenswerten Rekord aufgestellt. Während bisher die reine Flugdauer der Strecke 6 Stunden 55 Minuten währte, ist es dem Piloten gelungen, die Flugzeit auf 4 Stunden 39 Minuten herabzusetzen. In Amsterdam und Hannover erholten, wie üblich, die Passagiere. Wenn die neue Rekord als Norm für die Zukunft beibehalten werden kann, dann wird es möglich sein, innerhalb des 24-Stunden-tages die Strecke London-Berlin fünfmal zurückzulegen. — Einen originellen Transport hatte gestern das Flugzeug Danzig-Berlin zu bewerkstelligen. Zum erstenmal wurde eine Barreteeuener durch die Luft befördert, die erst gestern von einem Berliner Barreteeuener telegraphisch engagiert wurde und bereits des Abends in Berlin auftraten sollte. Die Barreteeuener besteht aus zwei Barren, von denen der eine ein recht respektables Gewicht aufweist, was durch den anderen Teil wieder ausgeglichen wurde. Der eine ist ein Hebel von 2,60 Meter Länge, der andere ein Zwerg von 45 Zentimeter Länge.

Das Disziplinarverfahren gegen den Untersuchungsrichter im Falle Stark.

Berlin, 20. Aug. In der Dresdener Meldung, daß kein Disziplinarverfahren gegen den Untersuchungsrichter im Falle Stark angestrengt sei, verlannt von zuständigen Stellen, daß es sich natürlich technisch ein solches Disziplinarverfahren noch nicht angestrengt sein kann, das sich durch die Zustimmung der Eröffnung eines Disziplinarverfahrens gegen Untersuchungsrichter Stark angeregt hat. Es ist auch die in verschiedenen Blättern aufgebaute Meldung nicht zurechen; daß der Landgerichtsdirektor in Bayreuth gegen den Staatsr. Dr. A. Lee's, Reichsanwalt Dr. Simon, Strafanwalt wegen Beamtenbeleidigung gestellt habe. Bis heute ist von einem solchen Antrag nicht das Mindeste bekannt.

Aus aller Welt.

Hagen, 20. August. Die gefasste Radfahrer-Union, die sich in Hagen gebildet hat, hat sich in Hagen gebildet. Ein junger Radfahrer fuhr gegen ein Automobil, und zwar so unglücklich, daß er durch die Schutzvorrichtung der Kopfflampe vom Felde getrennt wurde und in den Schoß des Chauffeurs fiel.

Valparaiso, 21. August. (Bombenerplosion auf einem argentinischen Dampfer.) Beim Einlaufen in den Hafen von Punta Arenas explodierten auf dem argentinischen Dampfer „Mariano“ der 3. Klasse zwei Bomben, die sich in der Kabine befanden. Die Explosion folgte der Ausbruch eines schweren Brandes; doch konnten Passagiere und Besatzung unbeschädigt gelandet werden. Eine Untersuchung über den Vorfall ist von den chilenischen Behörden eingeleitet worden.

Wissau, 20. August. (Das tägliche Eisenbahnunglück in Borussia.) Auf der Rheinstraße in der Nähe von Wissau ließ ein Bauwagen mit einem Güterzug zusammenstoßen. Sechs Passagiere wurden getötet, vierzig verletzt.

Verantwortliche Schriftleitung: Voltz, Kunst und Wissenhaft R. Demmerer, Bekales und Probst etc.; Karl Ludwig Andrich, Sport und Angen: A. Kauf. — Druck und Verlag: Merseburger Druck- und Verlagsanstalt B. Vals, sämtlich in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Sturm gegen die Angestelltenversicherung.

von Berthold Hansen-Halle.

(Schluß.)

Im sich ein Bild über die außerordentlich bedeutungsvolle Tätigkeit der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte machen zu können, sei in nachstehenden Zeilen folgendes hervorzuheben: In richtiger Bewertung der großen Vorteile, die eine umfassende Selbstfürsorge neben der Minderung der Rentenlasten durch die Deckung der Gesundheit weiser Volkstreue zur Folge hat, war man bei Schaffung des Angestelltenversicherungsgesetzes von Anfang an darauf bedacht gewesen, durch die Aufnahme entsprechender Bestimmungen und die Bereitstellung umfangreicher Mittel für ein großzügiges Selbstverfahren Sorge zu tragen. Die gesetzlichen Grundlagen für die Maßnahmen der Reichsversicherungsanstalt bildet § 41 A.R.G., der lautet:

„Um die Infolge einer Erkrankung drohende Berufs- und unfähigkeit eines Versicherten abzuwenden, kann die Reichsversicherung ein Selbstverfahren einleiten, soweit nicht bereits durch einen Träger der selbstgesetzlichen Arbeiterversicherung ein Selbstverfahren eingeleitet ist. Dasselbe gilt, wenn zu erwarten ist, daß ein Selbstverfahren den Empfänger eines Ruhegebühls wieder berufsfähig macht.“

Da die Bestimmungen zum Bezuge der hauptsächlichsten Versicherungsleistungen des Gesetzes von der Erfüllung der Wartzeit nicht abhängig ist, war und sollte nach den Erfahrungen der Regierungsvertreter bei den Beratungen des Gesetzes eine Hauptaufgabe der Reichsversicherungsanstalt während der Wartzeit der unvollständigen Ausbau des Selbstverfahrens sein, für dessen Einleitung eine Verpflichtung einer gewissen Anzahl von Beiträgen nicht Vordingung ist. Es mußte deshalb mit einer großen Ausdehnung des Selbstverfahrens von vornherein gerechnet werden. Im Laufe des Jahres nahm das Selbstverfahren auf einen großen Umfang an, ein Beweis, einmal für die Notwendigkeit des Bestehens dieser sozialen Einrichtung, weiter aber auch dafür, daß die Versicherer die Bedeutung dieser segensreichen Gesetzesvorschrift sehr bald erkannt hatten. Seit Bestehen der Reichsversicherungsanstalt vom Jahre 1913 bis 1922 sind insgesamt 204,430 Selbstverfahrensbeanträge oder rund 64% beantragt worden, während rund 36% oder 144,676 Anträge abgelehnt oder anderweitig erledigt wurden (zurückgenommen, Tod usw.). Von den bewilligten Selbstverfahren kamen

148,292 oder 72,6% auf ständige Selbstverfahren 82,827 oder 25,8% auf Jahrerlass.

3,311 oder 1,6% auf Wehrdienst.

Zur Durchföhrung der ständigen Selbstverfahren hat die Reichsversicherungsanstalt mit einer entsprechenden Zahl von geeigneten Augenheilkundigen, Sanatorien und Bädern in allen Teilen des deutschen Reiches Umabandungen zur Aufnahme der Versicherten getätigt. In den ersten 10 Jahren sind allein insgesamt 59 128 Augenheilverfahren bewilligt; das sind 84% der bewilligten ständigen Selbstverfahren. Die Zahl der Augenheilverfahren ist seit 1915 fortwährend gestiegen und erreichte im Jahre 1922 ihren Höchststand mit 8043.

An der bereits im Jahre 1914 einsetzenden besonderen Härte für die Kriegsteilnehmer nahm die Reichsversicherungsanstalt von Anfang an regen Anteil. So fand sie insbesondere an dem bewilligten ständigen Selbstverfahren der Kriegsteilnehmer während der ganzen Dauer des Krieges in enger Föhlung mit der Militärverwaltung. Des weiteren nahm sie durch die ständige Vertretung in den einzelnen Ausschüssen des Reichsausschusses für die Kriegsbeschädigtenfürsorge an der Beratung aller auf diesem Gebiete auftretenden gesundheitlichen und volkswirtschaftlichen Fragen regen Anteil. Insbesondere haben die Möglichkeiten zu einem Kriegsbeschädigtenfürsorge machten diejenigen Fälle erforderlich, in denen die erstkürten körperlichen Beschädigungen den Versicherten die Ausübung ihres bisherigen Berufs unmöglich machten. Hier kam es in erster Linie darauf an, diesen Versicherten die Mücke in die bürgerlichen Verhältnisse zu erleichtern und ihnen die Möglichkeit zu einem neuen Berufsweg zu verschaffen. Besonderen Ausschüssen lag es ob, den Versicherten bei der Auswahl und der Ausbildung für den neuen Beruf beratend und helfend zur

Seite zu stehen. Die durch die Berufsberatung und Unternehmung entfallenden Kosten wurden von der Reichsversicherungsanstalt übernommen, wobei außer Betracht blieb, ob der zu erwerbende Beruf ein in dem Angestelltenversicherungsgesetz bestimmter Beruf war oder nicht. In diesem weitigen Material geht klar und deutlich hervor, welche große Bedeutung die Reichsversicherungsanstalt für die deutschen Angestellten hat. Nicht mit überrationalen Phantasien wird die Angestelltenversicherung verbeist, sondern durch tatsächliche, zielbewusste, sozialpolitische Arbeit. In der Zeit, in der der Arbeiter die zweifelhafte Agitation treibt, werden der Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verein und mit ihm seine im Reichsparlament zahlreicher geworbenen Abgeordneten in jeder Beziehung auf das Energievolle für die sozialpolitischen Verhältnisse seiner Mitglieder eintreten. Die Hauptaufgabe besteht und damit der D. S. V. halten es für ihre allererste Pflicht, aus der Angestelltenversicherung das soziale Instrument zu machen, das es jetzt und in aller Zukunft sein soll: Die beste Selbstversicherung aller Angestellten im deutschen Staatsgebiet.

Das gestirnte Offenbürg.

Offenbürg, 20. Aug. Offenbürg und Appenweier sowie die in ihnen untergeordneten Ortsteile, die Franzosen in ihren Untertänen gehalten, sind zu erwidern die mit den üblichen Schikanen besetzt waren. So wurden, um Truppen unterzubringen, 60 bis 70 Wohnungen beschlagnahmt. Die große landwirtschaftliche Halle mußte umgebaut werden; sie wird nunmehr wieder zu Ausstellungszwecken freigegeben. Weiter verlangten die Franzosen vor fünf Monaten die Errichtung eines neuen eigeines Wohnhauses, das die Wünsche zum Ausdruck bringen will. Jetzt steht die Bewilligung mit einem Geföhl der Gleichgültigkeit die ungeliebten Gäste scheiden. In der Wohnungsfrage wird zunächst noch keine Erleichterung sichtbar werden. Am heutigen Tage sollen 260 Wohnungsbewerber auf dem Offenbürger Wohnungsausschuss vorgeladen haben. Von 1000 Wohnungsbewerbern sind 555 überhaupt ohne Wohnung. Ein von der Stadt im vorigen Jahre errichteter Neubau, der 32 deutschen Familien zuziehen sollte, wurde von 24 Weindarmer-Beamten mit ihren Familien belegt. Die Kosten der Wohnung sind im Augenblick noch nicht festzustellen. Ihre Erleichterung wird an dem halbes Jahr erfordern. Für die Unterhaltung des Inventars der Offizierswohnungen ist eine gemeinliche Kommission gebildet worden.

Karlsruhe, 19. Aug. Aus Anlaß der Räumung des Gebietes von Offenbürg-Appenweier hat das Staatsministerium folgendes Telegramm an den Oberbürgermeister und den Oberamtmann von Offenbürg gerichtet:

„Die badische Regierung gibt ihrer Freude Ausdruck über die Vertreibung von der Besatzung und entsetzt über die Wände für rasche und sichere Erholung von Stadt und Bezirk mit besonderer Anerkennung und Dank für die echt vaterländische Haltung der gesamten Bevölkerung sowie der Gemeindevorstände und Staatsbehörden.“

Staatspräsident Dr. Köhler wird am Mittwoch nach seiner Abreise aus Berlin dem geräumten Gebiet einen Besuch abstatten.

Frankreichs „glühender Friedenswille“.

Wien, 20. Aug. Die „Neue Freie Presse“ veröffentlicht Erklärungen des französischen Ministerpräsidenten Edouard Herriot, in denen es heißt:

„Es handelt sich darum, ein Kapitel der europäischen Geschichte abzuschließen, und ein neues zu beginnen. Von der öffentlichen Meinung bei allen Nationen wird es abhängen, ob das Werk von der Zeit der Vergangenheit in eine neue Zeit für Europa und die Welt überleitet.“

Die Londoner Konferenz ist nach meinem Dafürhalten ein Erfolg gewesen. Notwendig ist, daß Vertrauen an

Stelle des Mißtrauens tritt. Daß ein Nebereintommen mögliche werden konnte, ist der Stimmung des französischen Volkes geschuldet. (H.)

Die Konferenz hat gleich zu Anfang in der Frage der Feststellung eventueller deutscher Zahlungsverpflichtungen in der diesem Falle notwendigen Sanktionen vor einer verunsicherten Situation lag, da war es Frankreich, das einen neuen Ausweg zur Überwindung der Schwierigkeiten vorschlug, nämlich ein schiedsgerichtliches Verfahren in einem früher nie geträumten Umfang. Das ist Frankreichs Beitrag zur Verwirklichung eines neuen Zeitalters. Dieses wird sich charakterisiert finden als ein neuer Abschnitt im internationalen Recht und in den internationalen Beziehungen; denn niemals zuvor sind solche Sicherheitsvorkehrungen gegen die Gefahren internationaler Uneinigkeit getroffen worden. Ich werde mich an alle Friedensfreunde mit dem Appell, uns und der ganzen Welt bei dem Einbringen der Früchte unserer Bemühungen behilflich zu sein.“

Die Bedeutung des Briefes Macdonalds an Herriot und Theunis.

London, 20. Aug. In hiesigen politischen Kreisen ist man der Ansicht, daß Ramsay MacDonald zu seinem Briefe an den französischen und belgischen Ministerpräsidenten über die militärische Bedeutung des Abgabens durch den Wunsch bestimmt und dieser zu dem Zweck verfaßt worden ist, jedes etwa bestehende Mißverständnis über die Haltung der englischen Regierung dieser Frage gegenüber zu beseitigen. Die Rechtmäßigkeit der französischen belgischen Intervention ist wieder von der gegenwärtigen noch einer freudigeren englischen Regierung angedeutet worden und während der Verhandlungen in Londoner Konferenz hat sich MacDonald tatsächlich jede Mühe gegeben, seinen Verbündeten klar zu machen, daß die englische Regierung nach wie vor bei dieser grundsätzlichen Auffassung stehe. Wie erst jetzt eindeutig klar wird, ist das Zustandekommen einer Einigung über die militärische Räumungsfrage in erster Linie Macdonald zu verdanken gewesen, von ihrer ursprünglichen Ansicht einer zweijährigen Räumungsdauer auf die von zwölf Monaten zurückzugeben. In hiesigen politischen Kreisen glaubt man, daß gerade die Einigung in dieser Frage die Einleitung einer reibungslosen Ausführung der Dames-Gutachten und ständig sich verbessernden freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich sein werden. Man hofft, daß sich nunmehr sowohl in Frankreich wie in Belgien die Auffassung immer mehr Bahn brechen werden, daß die militärischen Kräfte im Ruhrgebiet für die Regierungen vollkommen unproduktive Ausgaben bedeuten, insofern die Räumung in kürzerer Zeitdauer als in der vereinbarten erledigt wird.

Die italienische Presse über das Londoner Ergebnis.

Mailand, 19. Aug. Die Auffassung der Reihe Mattiotti hat das Interesse der italienischen Öffentlichkeit etwas von dem Wohlstand der Londoner Beratungen abgelenkt, insofern sich die Presse erst jetzt eingehend damit befaßt. Der „Corriere della Sera“ legt in seinen Betrachtungen über die Ergebnisse das Hauptgewicht auf die Berücksichtigung der Ansicht der Reichsregierung über die Reparationsfrage. Er sieht darin den besten Beweis für den sich anbahnenden Frieden. Es sei auf der Konferenz wie unter Gleichberechtigten verhandelt worden: der imperialistische und nationalitäre Geist sei hier fern geblieben. Einen vollen Erfolg stellte jedoch die Londoner Konferenz nicht dar, da das Programm der internationalen Konferenz, das die Reparationsfrage wie die Reparationsfrage sei, nicht behandelt worden wäre.

Das französische Kabinett gegen die Grobvertreterung.

Paris, 20. Aug. Gestern Abend hat ein Kabinettsrat stattgefunden. Es wurden Maßnahmen zur Dämpfung der Grobvertreterung ergriffen. Der Senat wird aufgefordert werden, den Entwurf über die Festlegung der Mehrpreise, der in der Kammer bereits zur Annahme gelangt ist, sofort

erumgestrichet hat, bis er mit dem Bruder, dem Großvater, spinnend war.

„No, was brauch ich lang zu redde. Die zwanzigtausend Bätter so, wo viel Weder weit unterm Preis, was sie ihn gelobt home, verlaufe misse.“

Er hot sein Bruder und dem seiner böse Frau so des Maul gestoppt, aber der Hof war mit halb mol so viel Gille meist bezahlt ween, und weils Geld rar war, dot mein mehr wert, seidem die beste Weder fort sin.

Hütt ich jetzt a Frau mit recht viel Geld triech, dann wär so alles in die Reich komme, ich bin aber damals iso mit deiner Mutter ganne und e harte Kobb, wie ich immer gelobt hab, ich hab's dochgehelt, daß ich se gehet hat, wenn auch mein Bätter alles angestelt hat, um mich nun hier emed zu friechen mit e reich Frau zu verheirathen. Es waren so genug do, die mich genunne hätte. Nie in mein Leve is mir laad gewese, daß ich nit getan hob, du kennst ja dei gut Mutterchen un waagt, daß je an des Leve kommo (angeheim) machon kann.

Mein Bätter is gestorre, ich hab de Golt triech, do war isam e Hypothek drauf. Ich hab gedacht, io noch und noody bezagle zu könne, aber Philipp, do hab ich erst gesehe, wie wenig baar Geld ein Bauer aus em Borrem (Boden) rausgehe kann! Die Freich habe die ganze Jahre her nit gegolle, grad so wie die Grumbirn (Startoffel): des Geld, was gelöst is worn, hot grad for die Zinne un for zum Leve gelangt. Endlich hab ich geglaabt, ich kenn de Kopp e bische rede, do hot die arm Mutter ihr Gicht triech; ich mußte sie alle Jahr in des dreie Badhaus noch Wiesbade iside, denn lieber hätte ich nit gese un getrunke, es is meine gute Christine an etwas hütt sehe tolle. Mocher sein me e paar mol die beste Gut konnt gange; daß is die Frucht, daß dein die Gumbirn nit gerode. Philipp, ich sag dir, ich hab mich gemehrt, ich hab gedacht wie ein Feind un mochte mich früh bis owend's spät, es hot alles un Feind! Wenn mer fünf Prozent gedacht muß un mecht kann wie du, do kann's nit lange! Un dobei die Zeit noch Funtelstausche (Vorspiegelungen) vormache, es war als zum Berriekt ween. Wär die Mutter un du nit gewese, ich hätte isam künst die ganz Betrel über de Kaufe gemischn. So, jetzt waagt de warum de auch die Zenzingers Marie heirate isst; jetzt kennst de made, was de willst!

Fortsetzung folgt.

Am Ringelstein.

Eine Bauerngeschichte aus dem Taunus von Fr. Nibel.

16] Nachdruck verboten.

Woll ich je nit austreie kann und weil ich - barstig rich es Philipp herber, einmal mußte es gesagt sein, weil ich e anner Mücke gern hab, und liever ledig bleibe, wenn ich die nit triech.

Fangst du wieder damit an, maans! du, ich wißt nit, wer des anner Mücke is?

Wichtig is! sag die Hand des Bauern auf den vor ihm stehenden Tisch. Maans! du, ich hätt' hier morgend nit dein Auge gesehe, wie der Drallack vorbeigange is? Du werd nit drauß, und wenn ich dich trumm und isam Schwelche muß.

Mit einem energischen Schritt trat Philipp dem Lebenden entgegen. Der is doreb, Philipp, daz, was ich nit anit An Schlag und du, was mich gedacht for immer in die Wirtge is! Ich mich nit, ane zu nemme, die ich nit leide kann. Is muß mit meiner Frau lewe, und nit du, und wenn du mich zum Haus ausnuschmeißel willst, sag gleich. Ich bleib dann bei de Soldate, mein Hauptmann hot mich so wie so isam mehr wie zwanzigmal gefrot, ob ich nit kapitaltreue wollt, ich bleib dann bei de Soldate und heirate mit Resche. So, jetzt waagt du's, is! schiß er mit böcher Stimme.

Schwer atmet, mit erschrocknen Blicken, harrete der Bauer auf den ruhig vor ihm stehenden.

Das war Fleisch von seinem Fleisch, und Blut von seinem Blut, das war der männlich starre Wille, welcher ihr besetzte, hartnäckig einem erstreckten Ziel zuzuwieken und sich durch nichts, aber auch durch nichts, sei es, was es wolte, von dem geraden Wege abbringen zu lassen.

Hier, das sah er, war seine Macht vorbei, es stand ihn kein unminnlicher Knabe oder untreuer Jüngling mehr gegen über, das war der ganze Mann, von seinem eigenen Schwere und storn, der keinen Kampf scheute, und sich nicht um einen Schritt von dem einmal beschworenen Plaze verdrängen ließ.

Rangsam begab sich der Mann zu dem Eichenstulpe, ließ sich schwer auf den vor ihm stehenden leberbezogenen Stuhl

sinken und sagte und in flugendem, von Philipp noch nicht gebörtem Tone: So, io, also so wenig leich dir an deine Zeit. Wenns beim Kopp nit nochgeht, willst du Solbat bleibe.

„Aner, Bätter.“ Philipp näherte sich begirnd dem Alten, zwing mich doch net zu etwas, was ich nit tun kann! Do host doch auch die Mutter geheirat, un sie hor nit gehatt. Wir sein doch Zeit, die Gott sei Dank mit uffs Geld zu guck brauche.“

So, maans! du? Offenbar wurde es dem stolzen Bauern schwer, fortzufahren: häufig ging er nach dem Fenster, trommelte wie nervös an den Scheiben, dann sich rasch mit dem gewohnt festen Bewegungen wieder zu dem Schreibtisch wendend, entnahm er einer Schiebelle ein Papier und reichte es dem Sohn mit den Worten: Da, les.

Philipp nahm erlautend den Brief und überflog den Inhalt deselben.

Was will der? sammelte Philipp, in, was soll dann das heisse? „Herrn Golt. Konrad Schröder, Weidmarcher. Als Vertreter der Rheinischen Hypothekendarstellung teile ich Ihnen ergeben mit, daß die beantragte Forderung von 6000 Mark, notariell eingetragene Einziehung von 60 000 Mark, in Worten Sechzigtausend Mark, zu fünfzigen, falls Sie mit den fälligen Zinszahlungen weiter im Rückstand bleiben. Die Kündigung soll am 1. Januar nächsten Jahres erfolgen, wovon Sie gefällige Vormerkung nehmen wollen.“

Ja, Bätter, traam ich dann? Uff unserm Haus rüht e Hypothek, und du kennst die Zins nit bezagle. Ja, bist du dann mit der reich Mann, wie die ganz Welt glaubt?

Die Welt glaubt gar viel, was nit wahr is, antwortete mit mildem Ton der Alte. Sey dich mol dohin, Philipp, ich will dir was ersähe. Siehste, begann er, als Philipp mit todleichen Gesicht sich hergeleitet hatte, der Hof war früher Dominanz, wie hochst; mein Bätter hot en nun der Regierung kauff, und weil er nit genug Geld zur Auszahlung gehatt hot, mußte er sich's nun sein Bruder, mein Onkel Kaspar, der damals noch ledig war, lehne.

Es waren wohl an die zwanzigtausend Gille (Gulden). Wie der Onkel Kaspar noch geheirat hot, mußte er natürlich so e Dos von der Frau friech, die so lang an ein

